

ZU DIESEM HEFT	423	ADB-FORUM	
SCHWERPUNKT			
<i>Hans-Ulrich Oel</i> Der demografische Wandel – eine Herausforderung auch für die politische Kommunikation	424	<i>Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten</i> Politische Bildung in der demokratischen Gesellschaft Zum Beitrag Politischer Bildung bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels	474
<i>Thomas Gill/Candida Splett</i> Den Wandel gestalten als Aufgabe der außerschulischen Jugendbildung	433	ADB-JAHRESTHEMA	
<i>Daniela Elbers</i> Ein Lernort für die Bildungsarbeit mit älteren Menschen: Die Heimvolkshochschule HAUS HAARD	439	<i>Gerhart Schöll</i> Muslime und Menschenrechte als Thema politischer Bildung	478
<i>Carmen Stadelhofer</i> Lernen im Alter – selbstgesteuert, kompetenzorientiert, mit Spaß	443	METHODEN UND ARBEITSFORMEN	
<i>Ilona Stehr</i> Bildung für Menschen ab 50 – eine Chance für gesellschaftliche Partizipation	451	<i>Christian Roth</i> Fishbowl	482
<i>Barbara Menke</i> KEB40plus: Ein Weiterbildungskonzept für Menschen ab der Lebensmitte	458	INFORMATIONEN	
<i>Sibylle Meyer</i> Großmütter und Enkelinnen Von Fremdheit und Konkurrenz zu Dialog, Partnerschaft und Solidarität	462	Meldungen	485
<i>Annette Niederfranke</i> Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser erfolgreich gestartet	471	Aus dem AdB	496
		Personalien	507
		Bücher	508
		Markt	515
		IMPRESSUM	517

Thema des nächsten Heftes: Politische Bildung und virtuelle Welt

Der demografische Wandel – eine Herausforderung auch für die politische Kommunikation

Hans-Ulrich Oel

Der demografische Wandel verändert alle Lebensbereiche. In Politik und Medien, aber auch in zahlreichen gesellschaftlichen Organisationen sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die zugleich Verursacher wie Betroffene sind, wird das Thema mit zunehmender Intensität diskutiert. Maßnahmen zur Beeinflussung des demografischen Wandels können Entscheidungen für Kinder nur indirekt und minimal beeinflussen und wirken erst nach Jahrzehnten. Umso wichtiger sind Maßnahmen zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels, die im Mittelpunkt der nachfolgenden Ausführungen stehen.

1. Der demografische Wandel und seine Folgen

In den neuen Bundesländern ist der demografische Wandel in vollem Gang. Städte verlieren bis zu 40 % ihrer Einwohner, aus ländlichen Gebieten wandern die jungen Menschen ab. Die Geburtenrate liegt im Land Brandenburg bei 1,3 und damit um 40 % unter dem für die einfache Reproduktion der Bevölkerung erforderlichen Wert von 2,1. In vielen Regionen der neuen Bundesländer hat sich die Zahl der Kinder in den letzten 15 Jahren halbiert.

Demografischer Wandel bedeutet nicht nur die Veränderung der Bevölkerungszahl

Demografischer Wandel, das ist aber nicht nur die Veränderung der Bevölkerungszahl. Demografischer Wandel heißt auch:

Änderung der Alters- und Sozialstruktur sowie räumliche Ausdünnung an der einen und weitere Verdichtung an der anderen Stelle. Und demografischer Wandel verursacht einen rückläufigen und veränderten Bedarf an Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur, weniger Einnahmen für die öffentlichen Haushalte, Rückzug privater und öffentlicher Dienstleistungen aus der Fläche und neue Aufgaben für Politik und Verwaltung sowie eine größere Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger.¹ Damit stehen primär die neuen Bundesländer, aber auch strukturschwache Regionen in den alten Bundesländern vor einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruch. Die neuen Bundesländer sind dabei mehrfach betroffen: Dem politischen Umbruch folgt der demografische Wandel mit seinen zivilgesellschaftlichen Herausforderungen, auf die die Menschen in ihrer vorherigen Gesellschaftsordnung nicht vorbereitet wurden.

¹ Teile des vorliegenden Textes basieren auf dem 2. Demografiebericht des Landes Brandenburg, www.demografie.brandenburg.de

Der demografische Wandel als gesamtdeutsche und europäische Herausforderung

Die Länder in West-Deutschland spüren die Auswirkungen des demografischen Wandels bisher nur punktuell. In einigen Fällen profitieren sie sogar vom Wandel, vor allem vom Wegzug, der für sie Zuzug von gut ausgebildeten jungen Menschen bedeutet, Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften und zugleich von potenziellen Familiengründern.

Kein Land der EU hat eine Geburtenrate, die hoch genug ist, um die Bevölkerungszahl konstant zu halten

Auch in den anderen Ländern Europas sind große Unterschiede bei der Geburtenrate zu registrieren. Selbst vom Katholizismus geprägte

Länder wie Italien, Spanien und Polen haben eine Geburtenrate, die noch unter jener der Bundesrepublik Deutschland liegt. Irland, Frankreich und die skandinavischen Länder weisen dagegen eine deutlich höhere Geburtenrate auf. Aber kein Land der EU hat derzeit eine Geburtenrate, die hoch genug ist, um die Bevölkerungszahl konstant zu halten.

Hauptfaktor des Einwohnerrückgangs ist das Geburtendefizit

Die Geburtenziffer in Deutschland sank zwischen 1965 und 1975 mit dem sogenannten Pillenknick von rund 2,5 auf 1,5 Kinder je Frau. Dabei verlief die Entwicklung von Mitte der 50er bis Mitte der 70er Jahre in Ost- und Westdeutschland nahezu parallel. Durch sozialpolitische Maßnahmen wie Kindergeld, Verlängerung der Freistellung nach der Geburt, Arbeitsplatzgarantie, Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr erreichte die DDR einen Anstieg der Geburtenrate von Mitte bis Ende der 70er Jahre auf fast zwei Geburten pro Frau. Aber bereits nach fünf Jahren sank sie – halb so schnell wie sie gestiegen war – auf das Ausgangsniveau von 1975. Zum Zeitpunkt der Wende hatte sie fast wieder „West-Niveau“ erreicht. Danach sank die Geburtenrate nahezu im freien Fall auf 0,75. In Brandenburg lag die Geburtenrate 1993 um 60 % niedriger als 13 Jahre zuvor.

Vergreisung der Gesellschaft oder: Gesund alt werden

Die zweite Ursache des demografischen Wandels ist der kontinuierliche Anstieg der Lebenserwartung. Derzeit steigt sie alle vier Jahre um ein Jahr an. Jedes zweite Kind, das in diesem Jahr geboren wird, wird 100 Jahre alt werden. Diese eigentlich erfreuliche Tatsache, dass die Menschen immer älter werden und dass sie vor allem gesünder sind im Alter, wird in der aktuellen Diskussion noch allzu häufig negativ bewertet. Wir sprechen von Überal-



Abb. 1: Die Geburtenrate in Ost- und Westdeutschland 1959 – 2000²

terung und Vergreisung der Gesellschaft. In Japan werden die Menschen noch älter als bei uns. Dort spricht man vom „Land des langen Lebens“.

Mobilität schafft Weitsicht

Die dritte Ursache des demografischen Wandels ist die Abwanderung: Viele junge Menschen, insbesondere junge Frauen, wandern aus den neuen Bundesländern in die alten Bundesländer ab. Zwischen 1989 und 2003 haben netto insgesamt 1,5 Mio. Personen Ostdeutschland in Richtung Westen verlassen. Dies sind nicht nur einfach 1,5 Mio. Menschen weniger; es bedeutet auch den Verlust künftiger Leistungsträger und potenzieller Eltern.

Viele junge Menschen, vor allem junge Frauen, wandern aus den neuen Bundesländern in die alten ab

So wie das Altern wird auch der Wunsch junger Menschen, Neues kennen zu lernen, auf Wanderschaft zu gehen, in der öffentlichen Diskus-

sion häufig ausschließlich negativ bewertet. Beklagt wird die Abwanderung. Dabei ist Wandern immer etwas Positives gewesen. Junge Menschen wollten und sollten Neues kennen lernen, ihren Horizont erweitern. Wandern lehrt Toleranz. Daher wäre es ein völlig falscher Ansatz, Wanderung

zu verhindern. Stattdessen müssen die Bedingungen für Zuwanderung und zur Rückkehr in die neuen Länder, in ihre Regionen und Kommunen verbessert werden.

Der demografische Wandel verändert alle Lebensbereiche

Viele Folgen des demografischen Wandels sind mit den Regeln der einfachen Mathematik zu berechnen. Nach einem starken Geburtenrückgang, wie er Anfang der 1990er Jahre in den neuen Bundesländern zu verzeichnen war, fehlen die Kinder zuerst in den Kindertagesstätten, dann in den Grundschulen, danach in den weiterführenden Schulen, den Ausbildungsstätten und den Hochschulen, anschließend als Arbeitskräfte. Und schließlich fehlen sie als Eltern der folgenden Generation. Bei einer dauerhaften Geburtenziffer von rund 1,3 Kindern je Frau ist berechenbar, dass jede folgende Generation zahlenmäßig um ein Drittel kleiner sein wird als die vorherige.

Der demografische Wandel erfordert den Umbau der Sozialsysteme

Die Einnahmen der Rentenversicherungsträger gehen zurück, während die Rentenbezugsdauer, die schon in den vergangenen 40 Jahren um rund 70 % gestiegen ist, weiter zunehmen wird. Auch das Beitragsaufkommen der Krankenkassen geht – bei unveränderten Bemessungsgrundlagen – zurück, wäh-

² Quelle: Staatskanzlei Brandenburg/Raumbeobachtung Landesumweltamt Brandenburg

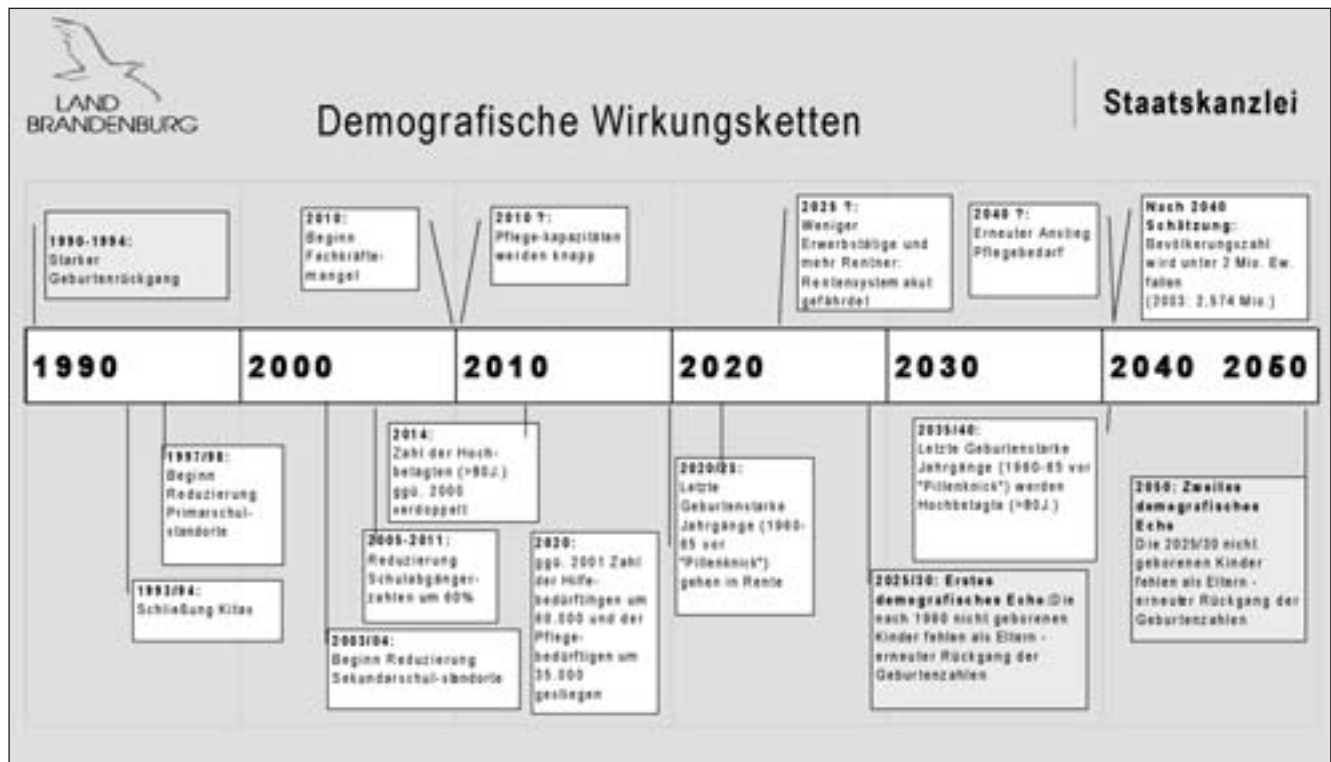


Abb. 2: Demografische Wirkungsketten³

rend die Leistungen der Krankenkassen strukturellen Veränderungen unterliegen und Pflegedienstleistungen stärker nachgefragt werden. Und die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen werden geringer ausfallen.

Für Länder und Kommunen mit Bevölkerungsrückgang steigt die Pro-Kopf-Verschuldung, ohne dass sich etwas am Schuldenstand ändert. In den Ländern und Kommunen, die derzeit noch vom demografischen Wandel durch Zuzug profitieren, sinkt die Pro-Kopf-Verschuldung entsprechend.

Die technische Infrastruktur ist unausgelastet und wird zu teuer

Im Bereich der Infrastruktur wird der demografische Wandel in den Kommunen für die Menschen zuerst erfahrbar: Die leitungsgebundene Infrastruktur, insbesondere Wasser und Abwasser, wird nicht mehr ausgelastet. Die Gebührenbelastung für Privathaushalte und Wirtschaft steigt. Neuansiedlungen von Gewerbe werden schwieriger und die Abwanderung von Firmen, die aufgrund der hohen Nebenkosten Wettbewerbsnachteile haben, kann die Folge sein.

Auch die soziale Infrastruktur – Kindertagesstätten, Schulen etc. – ist für die gewandelten Anfor-

derungen überdimensioniert. In vielen Regionen der neuen Länder musste schon jede zweite Schule geschlossen werden. Bahnen und Busse fahren mit immer weniger Fahrgästen. Der schienengebundene Verkehr ist zu unflexibel und wird zuerst eingestellt. Linienbusse fahren nur noch dort, wo der Schülerverkehr ausreichende Fahrgastzahlen garantiert.

In der Infrastruktur der Kommunen wird der demografische Wandel zuerst erfahrbar

Veränderte Ansprüche an Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und des öffentlichen Gesundheitswesens erfordern

konzeptionelle, organisatorische und bauliche Veränderungen: Krankenhäuser benötigen eine geriatrische Abteilung statt der Geburtshilfe. Anstelle von Kindertagesstätten werden Pflegeheime benötigt.

Private und später auch öffentliche Dienstleister ziehen sich aus der Fläche zurück: Den Privatbanken folgen die Sparkassen, Arztpraxen werden nicht neu besetzt, Geschäfte werden durch mobile Verkaufseinrichtungen ersetzt – bis sich auch das nicht mehr lohnt. Und die öffentliche Verwaltung wird an zentralen Orten konzentriert oder ist über Internet erreichbar.

Die Folge sind leer stehende Wohnungen, Geschäfte, Büros und Gewerberäume, überdimensionierte und teilweise überflüssige Straßen.

3 Quelle: Staatskanzlei Brandenburg

Gleiches Personal – neue Aufgaben

In der öffentlichen Verwaltung ändert sich die Personalstruktur (anderer Altersaufbau, andere, ggf. geringere Qualifikation). Der Nachwuchs- und Personalmangel wird durch die Konkurrenz mit der Privatwirtschaft und konkurrierender Landes- und Bundesbehörden besonders auf der kommunalen Ebene verstärkt. Durch die räumliche und soziale Entmischung (soziale Segregation) ändern sich die Zielgruppen und die Aufgabenstellung vor allem der sozialen Dienste, der Jugendarbeit und der Bildungspolitik.

2. Die politischen Herausforderungen des Wandels

Die durch den demografischen Wandel eingeleitete Entwicklung, verbunden mit einem immer enger werdenden Finanzrahmen, zwingt Bund, Länder und Kommunen – Politik ebenso wie die Verwaltung – zu einem radikalen und konsequenten Umsteuerungsprozess, denn der Prozess der vergangenen Jahrzehnte lässt sich nicht zurückdrehen, und an der Zuverlässigkeit von Bevölkerungsprognosen gibt es keinen wissenschaftlichen Zweifel. Bevölkerungsprognosen sind hinreichend zuverlässig und auch Bevölkerungsvorausschätzungen über mehrere Jahrzehnte sind in ihrer Tendenz eine solide Basis für politische Entscheidungen, denn die Grundlagen für die künftige Entwicklung sind in der Altersstruktur der heutigen Bevölkerung bereits

gelegt. Einzig die kleinräumliche Verteilung der Bevölkerung ist in größerem Maße auch von politischen Entscheidungen und von kurzfristig wirkenden Änderungen der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen zu beeinflussen. Eine langfristige kleinräumliche Bevölkerungsprognose oder gar -vorausschätzung ist entsprechend fehleranfällig.

Problem erkannt – Lösung verschoben?

Zahlreiche Kommunen, einige Länder, der Bund und auch die Europäische Union haben die Probleme erkannt und in unterschiedlicher Intensität und mit verschiedenen Maßnahmen darauf reagiert. Das Land Brandenburg hat in der Staatskanzlei ein Referat „Demografischer Wandel“ eingerichtet und kommuniziert das Thema für alle Politikbereiche und auf allen regionalen Ebenen, in den Kommunen, gegenüber Bund und Ländern ebenso wie im europäischen Kontext. Die Landtage mehrerer Länder haben Enquête-Kommissionen eingesetzt, der Brandenburger Landtag hat das Thema in allen Fachausschüssen beraten.

Es bleibt eine ständige Aufgabe, gute und beispielhafte Problemlösungen zu erkennen und zu kommunizieren

Kommunalpolitische Organisationen diskutieren das Thema und Lösungsstrategien zur Gestaltung des demografischen Wandels und seiner Folgen auf allen Ebenen. Bildungseinrichtungen veranstalten auf Fachpolitik bezogene Seminare für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker.

Auch gute und beispielhafte Problemlösungen gibt es bereits. Sie zu erkennen, zu beschreiben, ihre Übertragbarkeit auf andere Projekte oder andere Orte zu prüfen und die Ergebnisse zu kommunizieren, bleibt eine ständige Aufgabe. Eine vollständige Aufzählung der zahlreichen Initiativen und Aktivitäten ist – glücklicherweise – nicht mehr möglich. Das Ste-tige in der gesellschaftlichen Entwicklung ist künftig der Wandel.

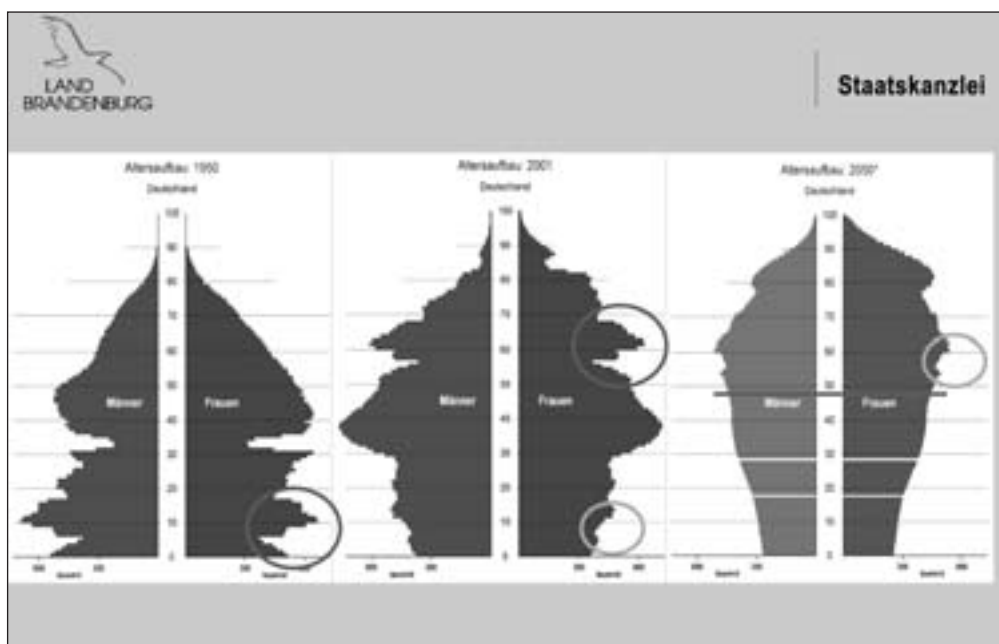


Abb. 3: Altersaufbau in Deutschland 1950, 2001 und 2050⁵

⁵ Quelle: Staatskanzlei Brandenburg

Nicht in Legislaturperioden, sondern in Generationen denken!

Patentrezepte für die Gestaltung des demografischen Wandels und seiner Folgen gibt es nicht. Umfassende Problemlösungen für ganze Politikbereiche sind noch rar, und

Benötigt wird ein abgestimmtes Handeln aller gesellschaftlichen Akteure auf allen Ebenen

von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, und dies auf allen Ebenen, in der Europäischen Union, im Bund, in den Ländern und – last but not least – in den Kommunen. Gefordert sind langfristig ausgerichtete gesellschaftliche Antworten. Eine zukunftsfähige, den Erfordernissen des demografischen Wandels gerecht werdende Politikgestaltung verlangt eine Sichtweise, die deutlich über den Zeitraum einer Legislaturperiode hinausgeht. Wir müssen wieder lernen, in Generationen und nicht in Legislaturperioden zu denken und zu handeln, auch wenn dies so manchen Politiker – und Wähler – ängstlich macht.

Gefordert sind Politik, Wirtschaft und gesellschaftliche Organisationen

Demografischer Wandel ist kein eigenes Politikfeld. So wie der demografische Wandel in alle Lebensbereiche hineinwirkt, müssen alle Politikbereiche und alle gesellschaftlichen Gruppen reagieren, müssen ihren Beitrag dazu leisten, den demografischen Wandel und seine Folgen zu gestalten.

Der Bund muss seine Verantwortung wahrnehmen für die Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere für die demografiefeste Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme.

Die Länder sind in der Pflicht, die öffentliche Daseinsvorsorge auch bei dünner Besiedlung sowie veränderter Alters- und Sozialstruktur zu gewährleisten. Davon sind alle Politikbereiche betroffen: Familienpolitik, Finanzen, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Gesundheit, Soziales und Sport, Bildung und Wissenschaft, Städtebau, Wohnungswesen und Verkehr, Sicherheit und Recht sowie der gesamte Bereich der öffentlichen wie privaten Infrastruktur. Die Landes- und Regionalplanung in allen neuen Ländern hat bereits damit begonnen, das System der zentralen Orte zu überarbeiten, um die Angebote der Daseinsvorsorge weiterhin für alle Regionen sicherzustellen.

Die Kommune entwickelt sich zur aktivierenden Kommune, die eine auf das Engagement der Bür-

gerinnen und Bürger bezogene Infrastruktur aufbauen und bereithalten muss, und die künftig einige Handlungsfelder des kommunalen Wirkungskreises nur noch moderierend begleiten wird. Hier müssen alle Akteure gemeinsam das praktische Leben organisieren. Hier, im Lebensmittelpunkt der Menschen, sind die handelnden Personen und Organisationen zum Erfolg verdammt. Das Leben in der Kommune wird zukünftig gemeinsam gestaltet werden müssen von den gewählten politischen Vertretern und der Verwaltung in ihrer jeweils spezifischen Verantwortung, den Bürgerinnen und Bürgern sowie der örtlichen Wirtschaft.

3. Die Gestaltung des Wandels und seiner Folgen

Es gibt vier zentrale Ansatzpunkte, die geeignet sind, den demografischen Wandel und seine Folgen zu gestalten:

- das Thema *kommunizieren*, d. h. in einen *Dialog* mit den Bürgerinnen und Bürgern eintreten,
- *gegensteuern*, d. h. die *Bevölkerungsentwicklung beeinflussen*,
- den *Änderungsprozess* begleiten und *gestalten* sowie
- auf die Folgen des demografischen Wandels reagieren, d. h. staatliches und kommunales Handeln an die veränderten Bedingungen *anpassen*.

Kommunikation stärkt den Gestaltungswillen

Zunächst ist es erforderlich, die auch persönliche Betroffenheit zu erkennen und dies zu kommunizieren. Politik, Wissenschaft und gesellschaftliche Organisationen stehen in der Pflicht, die Fakten, die Hintergründe und die Folgen des demografischen Wandels ins Bewusstsein zu rufen, um – darauf aufbauend – eine breite gesellschaftliche Diskussion zu initiieren, die wiederum Voraussetzung dafür ist, den Wandel gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern aktiv zu gestalten und dabei auch die Chancen zu nutzen, die in der Gestaltung des Wandels liegen.

Die öffentliche Erörterung des Themas soll den Menschen Angst nehmen und einen Mentalitätswechsel einleiten

selbst etwas zu tun, nicht auf „den Staat“ zu warten, sondern das Heft des Handelns selbst in die Hand zu nehmen. Mit der öffentlichen Diskussion

Die öffentliche Erörterung des Themas soll den Menschen die Angst nehmen, denn Angst lähmt. Sie soll einen Mentalitätswechsel einleiten, gibt Anstöße,

zum demografischen Wandel wird das bürgerschaftliche Engagement gefordert und gefördert mit dem Ziel, die Bürger- und Zivilgesellschaft zu stärken, das Ehrenamt zu unterstützen und Eigenverantwortung zu ermöglichen.

Erforderlich ist in diesem Zusammenhang eine öffentliche Debatte über den notwendigen Wertewandel. Die Politik kann die Menschen nur mitnehmen, wenn sie ein positives Leitbild glaubhaft vermitteln kann, das eine Perspektive aufzeigt und zugleich zur Handlungsorientierung und zur Priorisierung von Maßnahmen dient. Wichtig ist daher, dass die Politik dieses Leitbild trägt, denn „Leitbilder sind keine Visionen einer besseren Welt. Sie sind ein klares Versprechen, aus Chancen Tatsachen zu machen.“⁷

Die Chancen des Wandels nutzen

Im Rahmen ihrer Kommunikationsstrategien müssen Länder wie Kommunen auch die Chancen des Wandels darstellen, denn eine Krise – zunächst als Gefahr wahrgenommen – birgt immer auch die Chance, den erforderlichen Wandel für positive Veränderungen zu nutzen. Dazu sind in erster Linie Offenheit für neue Lösungen und unkonventionelle Ideen erforderlich.

Die Chancen des Wandels liegen in vielen Bereichen: Bündnisse für Familien ergreifen Initiativen und verabreden Maßnahmen, deren Ziel zum Beispiel die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Durch dieses gesellschaftliche Engagement tragen engagierte Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftliche Organisationen, die Verwaltung, Anbieter von familienbezogenen Dienstleistungen und Vertreter der gewerblichen Wirtschaft dazu bei, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Familien zu verbessern.

Die Bildungschancen bisher benachteiligter Kinder werden verbessert, weil sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass unsere Gesellschaft – angesichts der Tatsache, dass noch zu viele Kinder unsere Schulen ohne qualifizierten Abschluss verlassen, und angesichts des erwarteten Fachkräftemangels – es sich nicht leisten kann, auch nur ein Kind zurückzulassen. Der entscheidende Schlüssel für die Chancen unserer Kinder liegt in der Sprache. Daher müssen Sprachbildung und Sprachförderung bereits in der vorschulischen Erziehung ansetzen. Hierzu gibt es in einigen Ländern und Kommunen bereits Erfolg versprechende Initiativen.

Unternehmen müssen mehr für die Gesundheit der Mitarbeiter/-innen tun, weil der Nachwuchs fehlt

Unternehmen stellen fest, dass sie mehr für die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tun müssen, da sie diese länger im Betrieb halten müssen, weil der Nachwuchs fehlt. Immer mehr Firmen und Verwaltungen betreiben daher aktives Gesundheitsmanagement. Der Erfolg: Die Menschen leben gesünder und werden nicht mehr so frühzeitig aus dem Arbeitsleben ausgegrenzt. Ihr Erfahrungswissen und ihre Netzwerke werden zunehmend als neues Innovationspotenzial erschlossen und für bürgerschaftliches Engagement genutzt. Und schließlich werden Werte wie Gemeinschaft, Familie, Nachbarschaft oder Dorfgemeinschaft wieder entdeckt.

Zwei Seiten einer Medaille: Familienpolitik und Wirtschaftspolitik

An zweiter Stelle – ohne dass dies eine Gewichtung bedeutet – steht das Gegensteuern, also die direkte Beeinflussung der Prozesse, die den demografischen Wandel bewirken. Hier sind in erster Linie die Familienpolitik und die Wirtschaftspolitik zu nennen.

Ein wesentlicher Faktor, der die Entscheidung zur Familiengründung beeinflusst und die Menschen

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sind tragende Säulen der Familienpolitik

motiviert, in ihrer Kommune, in ihrer Region oder in ihrem Land zu bleiben, ist die wirtschaftliche Sicherheit. Diese wird in erster Linie gewährleistet durch eine qualifizierte Berufsausbildung und einen zukunftssicheren Arbeitsplatz. Damit sind Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik tragende Säulen der Familienpolitik. Durch die Stärkung von Arbeitsplatz schaffenden regionalen und sektoralen Wachstumskernen kann wirtschaftlich motivierte Abwanderung vor allem junger Menschen verringert werden, können Leistungsträger und potenzielle Eltern im Land gehalten und Zuwanderer ins Land geholt werden.

Stärken stärken – stärkt die Wirtschaft und das Selbstbewusstsein

Nur attraktive und zukunftssichere Arbeitsplätze können Zuwanderer motivieren und Abwanderung reduzieren. Deshalb hat die Landesregierung Brandenburg in der Wirtschaftsförderung umgesteuert. Künftig werden systematisch die Stärken gestärkt. Dazu hat die Landesregierung 15 Regionale Wachstumskerne und 16 Branchenkompetenzfelder ausgewiesen. Die Fachwelt hat diesen Paradigmen-

⁷ Wolf Lotter, BRANDEINS, H. 6/2004

wechsel einhellig begrüßt. Bei Kommunalpolitikern stieß dies zunächst vielfach auf Ablehnung. Nach anfänglichem Widerstand von nicht berücksichtigten Kommunen wurde allerdings ein Stimmungsumschwung im Land erkennbar. Die Rufe nach Fördermitteln und Nachteilsausgleich wurden verdrängt durch die Hinweise auf die eigenen Stärken. Die Umsteuerung in der Wirtschaftspolitik hat also nicht nur die wirtschaftlichen Stärken gestärkt, sie hat auch dazu geführt, dass Klagen, Resignation und Mutlosigkeit durch Eigeninitiative und Engagement verdrängt wurden.

Kinder sind Garanten einer innovativen Gesellschaft

Familienpolitik muss die Rahmenbedingungen für Familien und Kinder verbessern, so dass bestehende Kinderwünsche neben anderen Lebenswünschen verwirklicht werden können. Frauen (und ihren Partnern) muss es erleichtert werden, ihre Kinderwünsche zu realisieren. Lange Ausbildungszeiten durch Abitur und Studium verzögern den Berufseinstieg. Ausbildung, Berufseinstieg und Beruf müssen mit der Familiengründung besser vereinbar werden.

Unsere Gesellschaft muss wieder kinder- und familienfreundlicher werden – und das beginnt in den Köpfen! Kinder müssen als Bereicherung gesehen werden, nicht als „Kostenfaktor“, wie es manche Medien immer wieder vermitteln. Aber Kinder dürfen auch kein Armutsrisiko sein, denn das ist ein Armutszeugnis für unsere immer noch reiche Gesellschaft.

Kinder sind die Garanten einer innovativen Gesellschaft. Das hat man u. a. in Frankreich, den skandinavischen Ländern und den USA offensichtlich erkannt und verhält sich dort ganz anders zu Kindern – was schließlich auch in höheren Geburtenraten sichtbar wird.

Grundlage jeglicher Familienpolitik müssen eine gesicherte berufliche Perspektive für die Eltern und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sein

durch eine kinder- und familiengerechte Infrastruktur und familiennahe Dienstleistungen sichergestellt werden. Die wirtschaftliche Stärkung von Familien erfolgt durch das Familiengeld, das zum 1. Januar 2007 eingeführt wird, und als Einkom-

Daher müssen die Grundlage jeglicher Familienpolitik eine gesicherte berufliche Perspektive für die – zukünftigen – Eltern und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sein. Dies muss u. a.

mensersatz die Opportunitätskosten senkt. Die Einführung eines Familiensplitting statt des jetzigen Ehegattensplitting bleibt dagegen noch als – bisher unerfüllter – Wunsch von Familienpolitikerinnen und Familienpolitikern auf der politischen Agenda. Eine Daueraufgabe für Politik und Gesellschaft bleibt die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern. Und die Einführung eines Familienwahlrechts oder eines Familienabstimmungsrechts bei themenbezogenen Volksbegehren wird weiterhin zahlreiche politische Diskussionen bestimmen.

Die Grundversorgung sicherstellen

Letztlich müssen Politik und Verwaltung Antworten finden auf Fragen und Probleme, die sich aufgrund der durch den

Politik und Verwaltung müssen Arbeitsweise und Problemlösungsstrategien an die Folgen des demografischen Wandels anpassen

demografischen Wandel veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen ergeben. Politik und Verwaltung müssen ihre Arbeitsweise und ihre

Problemlösungsstrategien an die Folgen des demografischen Wandels anpassen. Daher müssen alle Politikfelder hinsichtlich ihrer Demografiefestigkeit und der finanzpolitischen Verantwortbarkeit einer Langfristfolgenabschätzung unterzogen werden. Bei öffentlichen Investitionen muss die Bevölkerungsprognose um eine Nutzerprognose und eine Prognose der laufenden Kosten und ggf. der Beiträge und Gebühren für die künftigen Nutzer ergänzt werden. Förderprogramme und große Investitionen – besonders solche, die von den Nutzern über Gebühren finanziert werden – müssen einem „Demografie-Check“ unterzogen werden. Die Anlagen der technischen Infrastruktur und die Angebote an Verkehrsdienstleistungen müssen langfristig die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft sichern. Auch bei der sozialen Infrastruktur – wie Kindertagesstätten, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Altenheime, Kultureinrichtungen – muss eine Grundversorgung gesichert werden. Zur Anpassung an den absehbaren Nachfragerückgang von öffentlichen und privaten Dienstleistungen sind Strategien zu entwickeln, mit denen Förderungen, Dienstleistungen und Investitionen räumlich so gebündelt werden können, dass eine angemessene Erfüllung der Daseinsvorsorge gleichzeitig auch wirtschaftlich tragfähig ist.

In vielen Bereichen wird es zu einer stärkeren Konzentration kommen müssen. Dazu ist das System der Zentralen Orte so zu entwickeln, dass diese die

Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger in angemessener Weise erfüllen können. Dies muss einhergehen mit der Aufwertung der Innenstädte, einer integrierten Stadtentwicklung, der Anpassung der Verkehrsinfrastruktur und der Vernetzung der Verkehrssysteme.

Stadt oder Land? Eine persönliche Entscheidung

Im Zusammenhang mit der Konzentration privater wie staatlicher Leistungen ist zwingend die Debatte über die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse aufzugreifen und neu zu diskutieren. Wer in dünn besiedelten Räumen wohnen möchte, wird sich auf eine andere Versorgungsdichte einstellen müssen als der Städter. Die Lebensqualität auf dem Land ist dann – wie übrigens auch bisher – nicht schlechter oder besser als in der Stadt – sie ist anders. Ob sie als besser oder schlechter empfunden wird, liegt an der individuellen Entscheidung der Menschen für den von ihnen bevorzugten Lebensstil.

Älter werden und gesund bleiben

Auch die Veränderung der Altersstruktur der Gesellschaft erfordert Antworten der Politik. Durch den demografischen Wandel stehen immer mehr

Das Erfahrungswissen älterer Menschen muss für die Jungen erschlossen werden

Ältere immer weniger Jüngeren gegenüber. Die Älteren wollen möglichst lange aktiv bleiben und Sinn stiftende Aufgaben übernehmen. Daher dürfen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Erfahrung, die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft der älteren Bevölkerung nicht länger unterschätzen. Das Erfahrungswissen älterer Menschen muss für die Jungen – in Wirtschaft und Gesellschaft – erschlossen und der Wissenstransfer von den älteren zu den jüngeren Menschen organisiert werden. Dazu muss die Erwerbsquote älterer Menschen erhöht werden. Seniorenwirtschaft wird zum Wachstumsmotor, wenn auf die Bedürfnisse von Senioren abgestimmte Produkte, Dienstleistungen und Angebote entwickelt und vermarktet werden.

Menschen im höheren Lebensalter sind ein Aktivposten der Gesellschaft, wenn ihre Bereitschaft, sich für das Gemeinwesen zu engagieren, unterstützt, gefördert und angenommen wird. Politik, gesellschaftliche Organisationen und die älteren Menschen selbst dürfen den Wandel nicht wie ein Naturereignis hinnehmen: Die Gesellschaft sollte die Chance nutzen, das Angebot der „jungen Alten“ für ein bürgerschaftliches Engagement annehmen und sie ermutigen, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Die Menschen selbst müssen sich durch lebenslanges Lernen, d. h. lernen bis ins hohe Alter,

ständig weiter qualifizieren. Die älteren Menschen dürfen sich nicht als Objekt des demografischen Wandels betrachten, sondern sie sollten als Subjekt den gesellschaftlichen Wandel aktiv gestalten.

4. Die Zivilgesellschaft stellt sich dem Wandel

Die durch den demografischen Wandel verursachten Veränderungen der gesamten Gesellschaft sind dort am deutlichsten zu spüren, wo die Menschen leben: in der Kommune. Auf der kommunalen Ebene

Ohne freiwillig engagierte Bürgerinnen und Bürger wäre vor allem in ländlichen Regionen die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Lebens undenkbar

entscheiden die Bürgerinnen und Bürger selbst mit, wie ihre Lebensbedingungen sich entwickeln. Gerade in schwierigen Zeiten bildet bürgerschaftliches Engagement das Rückgrat jedes demokratischen Gemeinwesens. Ohne die freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürger wäre vor allem in den ländlichen Regionen die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Lebens undenkbar. In vielen Orten nehmen engagierte Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen kulturelle, soziale und sportliche Dienstleistungen in die eigene Hand und betreiben die dazu gehörigen Einrichtungen in Eigenregie.

Bürgerschaftliches Engagement fördert den Zusammenhalt der Gesellschaft

Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und gemeinsame Aufgabe aller gesellschaftspolitisch engagierten Menschen und Organisationen. Vor allem immer mehr ältere Menschen, die auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben körperlich und geistig fit sind, wollen Sinn stiftende Aufgaben übernehmen. Die Gesellschaft sollte diese Chance nutzen, das Angebot der – häufig noch jungen – Alten annehmen und sie ermutigen und unterstützen, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Die Bürgerinnen und Bürger sind Verursacher des demografischen Wandels und zugleich davon Betroffene. Ohne ihr engagiertes Mitwirken wären sie Objekt des Wandels. Den Wandel zu gestalten und den Gestaltungsprozess als Chance für Verbesserungen der Lebensbedingungen und der politischen Kultur zu nutzen, liegt in ihrer Hand.

Die Kommunen für die neuen Herausforderungen fit machen

Der seit Jahrzehnten zu beobachtende Wandel in den Kommunen setzt sich weiter fort. Sie sind vom

demografischen Wandel besonders betroffen. Den Wandel der Kommunalverwaltung in den vergangenen Jahrzehnten beschreiben die Stichworte Ordnungsverwaltung, planende Verwaltung und Leistungsverwaltung. Nun folgt der Leistungserbringung die Verpflichtung zur Gewährleistung. Projektmanagement über Zielvereinbarungen und die Steuerung von Beteiligungs- und Selbstorganisationsprozessen sind die Aufgabenstellungen der Zukunft.

Nichts ist flexibler als die Verwaltung vor Ort

Die öffentliche Verwaltung muss ein Höchstmaß an Flexibilität zur Grundlage ihrer Arbeit machen. Die standortgebundenen Dienstleistungen müssen ergänzt werden um Internet-gestützte Angebote wie Online-Amt, Internet-Polizeiwache, elektronischer Gerichtsbriefkasten sowie um räumlich und zeitlich begrenzte Dienstleistungen wie die rollende Sprechstunde, Hausbesuche etc. Dann heißt es nicht mehr „call a pizza“ sondern „call the Amtmann“.

Bürgernähe wird nicht mehr über ständige ortsgebundene Präsenz, sondern durch organisationsübergreifenden, dezentralen und mobilen Service gewährleistet werden. So müssen selbst physische Wege nicht länger werden, und virtuelle Wege sind ohnehin kürzer und komfortabler: Anklicken ist bequemer als anstellen.

Nur kreative Lösungen sind zukunftstauglich

Bei der Notwendigkeit, den demografischen Wandel und seine Folgen zu gestalten, muss das Augenmerk auf den finanziellen Handlungsspielraum gerichtet werden, der für alle öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren enger werden wird. Voraussetzung für die Gestaltung des demografischen Wandels und seiner Folgen ist aber die Schaffung von Handlungsspielräumen – auch finanziellen Handlungsspielräumen. Daher bedarf es bei der staatlichen und kommunalen Aufgabenerfüllung einer Konzentration auf die Kernaufgaben sowie einer konsequenten Haushaltskonsolidierung. Phantasie und kreati-

Voraussetzung für die Gestaltung des demografischen Wandels ist die Schaffung von Handlungsspielräumen

len Handlungsspielraum gerichtet werden, der für alle öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren enger werden wird. Voraussetzung für

die Gestaltung des demografischen Wandels und seiner Folgen ist aber die Schaffung von Handlungsspielräumen – auch finanziellen Handlungsspielräumen. Daher bedarf es bei der staatlichen und kommunalen Aufgabenerfüllung einer Konzentration auf die Kernaufgaben sowie einer konsequenten Haushaltskonsolidierung. Phantasie und kreati-

ve Lösungen müssen den Ruf nach mehr Staat und mehr Geld ablösen.

Die Menschen denken global, empfinden lokal und handeln regional

Politik und politische Kommunikation müssen die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung stellen und Grenzen – egal ob räumliche oder fachliche Grenzen – überwinden. Denn die Menschen orientieren sich nicht an Zuständigkeiten oder Verwaltungsgrenzen. Die Menschen denken global, empfinden lokal (kommunal), aber sie handeln regional. Daher braucht auch die Politik diese regionale Sicht mit interkommunaler Zusammenarbeit statt ruinöser Konkurrenz. Handlungsleitend für Politik und Verwaltung muss zudem die Erkenntnis sein, dass sie von den Bürgerinnen und Bürgern nicht nach ihrer Leistung – Arbeitsaufwand und Geld – beurteilt werden, sondern nach der Wirksamkeit von Politik und Verwaltungshandeln.

Reden ist Silber. Handeln ist Gold!

Die Probleme liegen auf dem Tisch. Jetzt brauchen wir Lösungen. Diese müssen wir erreichen durch

- Kommunikation des Themas,
- Vernetzung von Aufgaben, handelnden Personen und Organisationen,
- Optimierung von Prozessen,
- schonenden Ressourceneinsatz

und mit viel, viel Kreativität.

Die Fakten sind klar ebenso wie der Auftrag an Politik und Zivilgesellschaft:

„Was die Zukunft betrifft, so haben wir nicht die Aufgabe, sie vorherzusehen, sondern sie zu ermöglichen.“ (Antoine de Saint-Exupéry)



Dr.-Ing. Hans-Ulrich Oel ist Soziologe und Raumplaner. Er ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Demographie. In der Staatskanzlei des Landes Brandenburg leitet er das Referat Demografischer Wandel. Er ist zu erreichen über die Adresse der Staatskanzlei: Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam.

E-Mail: hans-ulrich.oel@stk.brandenburg.de